

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نېاشد تن من مېباد بدین بوم و بر زنده یک تن مېباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپائی

Ausgabe vom 29.12.2017

Junge Welt
31.12.2017

Erschreckende Brutalität

1.700 Straftaten gegen Geflüchtete in der BRD in diesem Jahr dokumentiert

Obwohl erheblich weniger Asylsuchende in Deutschland leben als noch vor zwei Jahren, gibt es weiterhin täglich Pöbeleien, Einschüchterungen und brutale Gewalt gegen Geflüchtete. Am Donnerstag veröffentlichten die Menschenrechtsorganisation Pro Asyl und die Amadeu-Antonio-Stiftung in Berlin eine gemeinsame Chronik fremdenfeindlicher Vorfälle in diesem Jahr. Darin sind bundesweit 1.713 Straftaten dokumentiert.

Rassistisch motivierte Gewalt bleibe mit durchschnittlich vier Delikten pro Tag gegen Schutzsuchende und ihre Unterkünfte ein »flächendeckendes Problem«, erklärten die Organisationen. Besonders erschreckend sei die »Willkür und Brutalität«, mit der vorgegangen werde. So sei kürzlich in Neubrandenburg (Mecklenburg-Vorpommern) ein Geflüchteter »unvermittelt mit Hammerschlägen ins Gesicht« attackiert worden. Im niedersächsischen Burgdorf sei ein Flüchtling niedergeschlagen worden, anschließend hätten die Angreifer ihre Hunde auf ihn gehetzt. Unter den aufgelisteten Taten sind 23 Brandanschläge und 326 tätliche Angriffe mit Messern, Schlag- oder Schusswaffen sowie Faustschläge. Es wurden außerdem 62 Verdachtsfälle dokumentiert, die nicht in die Zählung eingeflossen sind.

2016 hatten die Organisationen noch 3.768 flüchtlingsfeindliche Vorfälle gezählt, darunter waren 116 Brandanschläge und 595 Attacken auf Personen. Timo Reinfrank, Geschäftsführer der Amadeu-Antonio-Stiftung, betonte, der Rückgang sei kein Grund zur Entwarnung. Er beklagte, dass Brandanschläge und Gewalt gegen Asylsuchende in den

Medien »heute kaum noch eine Randnotiz wert sind«. Das sei »Teil des Problems«. So hat die Berliner Polizei laut Chronik in diesem Jahr nur zu 24 von 344 Vorfällen eine Pressemitteilung veröffentlicht. Die Stiftung und Pro Asyl forderten mehr Transparenz seitens der Behörden und ein entschlosseneres Vorgehen gegen die Täter. Wie tags zuvor Politikerinnen von Linkspartei und Grünen verlangten sie ein Bleiberecht für Opfer rassistischer Gewalt.

Der Chronik zufolge ereigneten sich die meisten Vorfälle in Brandenburg mit 85 pro eine Million Einwohner. An zweiter Stelle folgt Sachsen mit 61. Die im Vergleich zur Einwohnerzahl wenigsten Fälle von Gewalt gegen Flüchtlinge sind für Bremen dokumentiert (drei je Million Einwohner) sowie für Nordrhein-Westfalen (5) und Hamburg (7). (jW)